

US-Weltherrschaftsprogramm bedeutet Barbarei

Nach dem Ende der Sowjetunion setzten Repräsentanten des US-Imperialismus wie US-Vizepräsident Cheney und Kriegsminister Rumsfeld im „Project for the New American Century“ dessen globale Führung auf die Tagesordnung der Weltpolitik. Diese Führung sei „gut sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die ganze Welt“. Diesen Führungsanspruch hatte, unter unterschiedlichen Herrschaftsformen, zweimal der deutsche Imperialismus erhoben – um die Ressourcen dieser Welt neu aufzuteilen.

US-Außenministerin Albright unterstrich, wie der US-Führungsanspruch verwirklicht werden sollte: „Wenn wir Gewalt anwenden müssen, dann deshalb, weil wir Amerikaner sind. Wir sind eine unentbehrliche Nation. Wir sind groß und sehen weiter in die Zukunft als alle anderen.“ US-Präsident Clinton leitete aus der in den 90er-Jahren grundlegend veränderten internationalen Kräfteverteilung und dem Führungsanspruch der „unentbehrlichen Nation“ die Aufgabe ab, auch das 21. Jahrhundert zu einem „amerikanischen Jahrhundert“ zu machen. Er gab – wie Albright – damit zu verstehen, daß Frieden für US-Administrationen kein Wert an sich sei. Mit dem völkerrechtswidrigen NATO-Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens und damit zur Beendigung der längsten Friedensperiode auf unserem Kontinent setzte er Maßstäbe, nach denen sich für den „Weltpolizisten“ und „Weltordnungshüter“ die internationalen Beziehungen künftig vollziehen sollten.

Jahrzehntlang hatte der US-Imperialismus während des kalten Krieges in der Systemauseinandersetzung um solche Bedingungen gekämpft. Mit den barbarischen Nuklearschlägen gegen Hiroshima und Nagasaki sollte gegenüber der Sowjetunion, die sich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges wie die USA als Supermacht erwies, „ein Zeichen“ gesetzt werden, wer künftig die Welt „neu ordnen“ und führen solle. In den weiteren Jahrzehnten wurden vom US-Imperialismus mit neuen Kriegsverbrechen weitere derartige Zeichen gesetzt.

Der US-amerikanische Politologe John Tirman vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat nachgewiesen, daß im von den USA geführten Krieg in Korea drei Millionen Menschen starben. Im „schmutzigen Krieg“ der USA gegen Vietnam verloren bis zu 3,8 Millionen Menschen ihr Leben, in Laos eine Million und in Kambodscha zwischen 600 000 und 800 000.

Das UN-Gewaltmonopol wurde vom US-Imperialismus immer mehr ausgehöhlt, das Völkerrecht wiederholt ausgehebelt. An die Stelle der in der UN-Charta festgeschriebenen Verpflichtung für alle Nationen und Staaten, „künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu befreien“, wurden mit neuen Kriegshandlungen bestehende Sicherheitsstrukturen zerstört.

Mit dem Ende der Sowjetunion setzte Clinton, besessen, auch das 21. Jahrhundert zu einem US-amerikanischen zu machen, mit dem völkerrechtswidrigen NATO-Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens und damit zur Beendigung

der längsten Friedensperiode in Europa Leitlinien, wie sich künftig nach Ansicht des Weltpolizisten die internationalen Beziehungen vollziehen sollten. Gorge W. Bush legte zur Durchsetzung der US-Weltführerschaft das neue Feindbild von der „terroristischen Bedrohung der Welt“ auf. Es wurde zum Feindblatt für die verkündete globale Strategie eines „weltweiten Krieges“.

Wenn in der westlichen „Wertegemeinschaft“ Politiker davon sprechen, daß mit Blick auf die mit den Neuordnungskriegen ausgelösten Flüchtlingsströme die Kriegsursachen beseitigt werden müßten, dann spielen dabei weder die Millionen und aber Millionen Todesopfer noch die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Überlebenden in den überfallenen Staaten eine Rolle. Dann geht es vielmehr um



November 1949: Die US-Stabschefs im Pentagon (v.l.n.r: Sherman, Bradley, Vandenberg, Collins)

Zugleich wurde 2002 unter seiner Präsidentschaft mit dem „No rivals plan“ die Entschlossenheit des US-Imperialismus verkündet, weltweit keinen Konkurrenten mehr zu dulden. Der US-Generalstab wurde beauftragt, in den folgenden fünf bis sieben Jahren im Irak, in Syrien, im Libanon, in Libyen, in Somalia, im Sudan und dann im Iran einen „Regime change“ zu vollziehen. Die Auswahl der zu zerstörenden Staaten änderte sich. Rußland, das sich nicht zur „Regionalmacht“ herunterspielen ließ, wie Obama glaubte, es einordnen zu können, erwies sich zunehmend als Großmacht auf der internationalen Bühne. Mit dem „Regime change“ in der Ukraine und dem Vorrücken der NATO an die russische Grenze versucht der Westen, den östlichen Rivalen kleinzukriegen.

Fakt bleibt allerdings, daß die gegen den Irak, gegen Afghanistan und Pakistan, gegen Libyen und Syrien geführten Kriege bisher nahezu drei Millionen Menschenleben gefordert haben. Die sich in diesen Zahlen offenbarende imperialistische Barbarei, die sich bei ihren Verbrechen im Nahen Osten auf autoritäre Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar stützt, hinderte Obama nicht, daran zu erinnern: „Die USA werden militärische Gewalt einsetzen, wenn unsere zentralen Interessen es verlangen.“

die Ausschaltung der Schieberbanden und um weitere militärische Abschottung. Mit dem Festhalten an dem neoliberalen Projekt der Weltherrschaft sollen die Völker den wachsenden, den Weltfrieden gefährdenden Spannungen unterworfen bleiben.

Und die EU? Sie befindet sich „in einem erbärmlichen Zustand“, urteilen führende Politiker. Sie habe „ihr inneres Gleichgewicht verloren“. Sie sei „aus der Bahn geraten“. Die Flüchtlingsströme hätten „ihren erbärmlichen Zustand offengelegt“. Innerhalb der Union beherrschen nationale Egoismen das Handeln der Regierungen. In Südeuropa soll mit Militär, Stacheldraht und Tränengas, mit Verweigerung humanitärer Hilfe der Zugang von Flüchtlingen zum Kontinent unmöglich gemacht werden. Humanitäre Katastrophen werden in Kauf genommen. Den Opfern der von den USA, der NATO und der EU geführten Weltordnungskriege wird Schutzbedürftigkeit, Hilfe, ja Wiedergutmachung verweigert. Der Imperialismus demonstriert mit seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch weiterhin sein unmenschliches Wesen.

Die EU-Mitgliedsstaaten, zumeist auch NATO-Mitgliedsstaaten, haben mit ihrer Teilnahme an den militärischen US-Interventionen Anteil daran, daß Millionen und aber Millionen Menschen in den Tod getrieben oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Deutschlands

Dominanz in der EU greift nicht mehr wie beim Krisenmanagement. Mit Bestechungsgeldern für die Türkei und NATO-Einsätzen in der Ägäis soll der Zugang von Flüchtlingen nach Europa gestoppt werden. An die Stelle

werden. Für über 25 000 Menschen ist das Mittelmeer bereits zum Massengrab geworden. Weitere Opfer sind zu erwarten. Mit dieser verbrecherischen Politik wird dem Rechtspopulismus und Rechtsextre-

und sogenannte bewaffnete Konflikte – und das meist, um eine unilaterale Welt nach den Vorstellungen der US-Multis zu schaffen. Welche Schande: Jedes zehnte Kind in der Welt wächst heutzutage in einem Kriegsgebiet auf. In Syrien ist jedes zweite Kind ein Flüchtlingskind. Die US-Repräsentanten, die Befehlshaber für die Kriege und die Verantwortlichen für ihre Folgen betrachten die Flüchtlingsströme und die sich in Europa vollziehenden Flüchtlingsdramen aus der Zuschauerloge. Obama ist des Lobes voll für die deutsche Bundeskanzlerin. Sie habe eine „sehr mutige Haltung eingenommen“. Es sei nämlich sehr wichtig, den Kriegsopfern „mit Mitgefühl zu begegnen“, belehrt der US-Präsident die oberste Verteidigerin der westlichen Wertegemeinschaft in der alten Welt. Was die Flüchtlingsfrage angehe, so habe für ihn „oberste Priorität die Sicherheit des amerikanischen Volkes“. Immerhin sind die US-amerikanischen Behörden zur Aufnahme von – sage und schreibe – 10 000 Flüchtlingen aus Syrien bereit. Sicherheitshalber beschloß das US-Repräsentantenhaus mit großer Mehrheit schärfere Kontrollen für Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak. 27 Gouverneure wollen in ihren Bundesstaaten gar keine Flüchtlinge aufnehmen.

Die USA haben seit ihrer Gründung 219mal selbst Krieg geführt. Nach dem Untergang der Sowjetunion haben sie Kriege zum Alltag der Völker gemacht. 46 Prozent der UNO-Mitglieder waren an Kriegen und „bewaffneten Konflikten“ beteiligt. Friedensnobelpreisträger Obama erklärt: „Führung meint eine klare Anwendung von Gewalt.“ Das Sterben und das Flüchten von Menschen sollen also weitergehen. „Es ist eine Art dritter Weltkrieg, der ‚stückchenweise‘ geführt wird“, warnt eindringlich Papst Franziskus. Die Barbarei marschiert.

Georg Grasnick



„Man sollte im Sternenbanner die weißen Streifen der Flagge schwarz färben und die Sterne durch Totenschädel ersetzen.“ **Mark Twain**

der Willkommenskultur sind Polizei, Zoll und das Militär getreten. Die deutsche Bundesregierung verschärft außerdem die Asylgesetzgebung. Sie entscheidet selbstherrlich, welches der vom Krieg betroffenen Länder künftig „sicheres Herkunftsland“ sei. Sie konzentriert sich auf die Abschiebung von Asylbewerbern. Im Vorjahr wurden von deutschen

mismus neuer Spielraum verschafft. In den EU-Ländern vollzieht sich ein Rechtsruck. In Deutschland erhält Fremdenfeindlichkeit, die hierzulande fürwahr keine neue Erscheinung darstellt, Auftrieb. Flüchtlingsheime gehen in Flammen auf. Rechtsradikale, Faschisten und Rassisten können ungehindert aufmarschieren – Gegendemonstranten werden behindert und verfolgt. Bei Wahlen fahren Rechtsradikale die Gewinne dieser Politik ein.

Und die USA? Das Imperium, das den Anspruch auf Führung der Welt und damit auf Führung von Weltordnungskriegen erhebt? Die USA können in dieser Hinsicht auf eine glorreiche Tradition zurückblicken. In den vergangenen 240 Jahren, seit 1776, war dieses Amerika 239 Jahre im Krieg. In den vergangenen Jahrzehnten

haben die USA mit ihren „Ordnungskriegen“ ganze Regionen destabilisiert – um die Einkreisung Rußlands weiter voranzutreiben, um neue Stützpunkte mit Blick auf den späteren Hauptrivalen China zu errichten und um den Zugriff auf beträchtliche energetische Ressourcen zu bekommen und zu sichern. – Weltweit tobten 2014 insgesamt 31 Kriege



Ein US-amerikanischer Abram-Panzer beim Entladen im Hafen von Riga (März 2015)

Behörden über 100 000 Anträge von Asylbewerbern als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Die Bundesregierung führt mit unterschiedlichen Mitteln Krieg gegen Flüchtlinge.

In Afghanistan und im Irak geht der Krieg weiter. Neue Flüchtlingsströme sind zu erwarten, die neue Flüchtlingsrouten suchen und nutzen

*In einer Grundsatzrede zum Abschluß des „Waldai-Forums“ 2014 in Sotschi rief Rußlands Präsident **Wladimir Putin** die USA und Europa dazu auf, „zur Vernunft zu kommen“ und die Serie ihrer politischen Alleingänge zu beenden. Die Lösung des zunehmend chaotischen Charakters der internationalen Beziehungen sah Putin darin, ein neues System der internationalen Sicherheit auszuhandeln. Rußland sei jederzeit zu solchen Gesprächen bereit, allerdings müßten sie ernsthaft, sachlich und ohne doppelten Boden geführt werden. Rußland sei nicht an einer internationalen Sonderrolle interessiert und wolle kein Imperium wiedererrichten, distanzierte sich Putin ausdrücklich von Weltmachtbestrebungen. Allerdings beanspruche es, daß seine Argumente gehört und seine Interessen berücksichtigt würden. International müsse an die Stelle des „Spiels ohne Regeln“, wie es eingerissen sei, wieder ein System verlässlicher politischer Regelwerke treten. Das sei nach 1945 mit dem Potsdamer Abkommen und ein zweites Mal im Rahmen der KSZE in den 70er-Jahren gelungen. Diese Aufgabe müsse jetzt ein drittes Mal gemeistert werden.*

Warum in der Alt-BRD der 17. Juni gefeiert wurde und warum Bodo Ramelow daran anknüpft

Wer die Geschichte erst 1989 oder kurz zuvor beginnen läßt, kann nicht anders, als gedanklich zu kurz zu springen.“⁽¹⁾ Willy Brandts Bemerkung gilt auch für das offizielle Gedenken an den 17. Juni 1953 in der Alt-BRD. Der Fakt: Von 1954 bis 1990 wurde jenes Tages, der seine Spuren in der DDR hinterließ, mit Reden im Bundestag gedacht, die von ungezählten Medienreaktionen begleitet wurden. Der politisch interessierte DDR-Bürger hat die

Medienschlacht über die Wertung des 17. Juni verfolgt, zumal, wenn er, wie ich, in die Auseinandersetzungen hineingeriet. Ich war damals Direktor der Grundschule II in Niesky und erlebte, wer die DDR weghaben wollte, und wer sie verteidigte. In Niesky wurde im nachfolgenden Prozeß nachgewiesen, daß an der Spitze der Plünderer und Provokateure alte Faschisten agiert hatten. Seit 1953 wird kontrovers über das Geschichtsbild um den 17. Juni gestritten. Die Soldschreiber des Kapitals feierten den „Volks“- oder Arbeiteraufstand. Hauptziel war und ist es, die DDR-Politik zu verteufeln. Das geschah auch und richtungsweisend bei den staatlich verordneten Gedenkfeiern von 1954 bis 1990. Wenn nun Bodo Ramelow als „linker“ Ministerpräsident den 17. Juni als staatlichen Gedenktag wieder einführen will, ergibt sich die Frage: Welche Tradition will der thüringische Ministerpräsident fortsetzen, und welche Ziele verfolgt er dabei? Ein Blick auf die Tradition der Gedenktage hilft uns bei der Antwort.

Der Leser merke auf! Das Ereignis, dessen bis 1990 in Bonn gedacht wurde, trug sich in einem anderen Staat zu, dessen Souveränität zu achten war – durch die BRD spätestens nach dem Grundlagenvertrag von 1972 und der gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973. Es galt das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten. Wie war das jahrzehntelang möglich? Warum organisierte die BRD „staatlich verordnete“ Gedenkfeiern am 17. Juni?

Dietmar Schiller informierte uns über „das Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur“⁽²⁾: „Die wichtigsten politischen Funktionen, die nationale Feier- und Gedenktage erfüllen sollen, sind Staatsintegration, Identifikation mit dem politischen System, Konsensstiftung, Erschaffung von Massenloyalität und Stabilitätssicherung. Die Frage ist also: Wie konnten die Feiern im Bundestag und das sie begleitende Medienecho die genannten ‚Funktionen‘ erfüllen helfen?“ Versuchen wir, die Frage zu beantworten,

wobei wir uns von Alexander Gallus helfen lassen.⁽³⁾

Das Gesetz, das den 17. Juni zum „Nationalfeiertag des deutschen Volkes“ erhob, war vor allem ein Kind der SPD und Willy Brandts und trat bereits am 4. August 1953 in Kraft. Damit waren andere Vorschläge vom Tisch, z. B. den 23. Mai 1949 als Verfassungstag zu würdigen (Vorschlag Anne-

Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (1956), der Philosoph Theodor Litt (1957), der Christsoziale Hanns Seidel (1958), der Historiker Werner Conze (1959), Ulrich Mann (1960), der Rechtsaußen Helmut Thielicke (1962), der Staatsrechtler Hans Peters (1963), der Historiker Theodor Schieder (1964) und sein Historikerkollege Karl Erdmann (1965).



Antikommunistische Randalierer und Brandstifter auf dem alten Markt in Leipzig (17. Juni 1953)

marie Renger) oder an den 18. März 1848 zu erinnern (Heinrich Albertz). Allerdings bestand die „Gefahr“, daß der 17. Juni von vielen als zusätzlicher Feiertag genutzt würde.

Mit dem gegen den Protest der Kommunisten angeordneten Feiertag entstand ein Konflikt, der bis heute andauert. Die SPD betrachtete die „Wiedervereinigung“ als höchste Priorität und verwendete ihre Interpretation des 17. Juni zunächst als politische Waffe gegen die Politik Adenauers. Die CDU deutete den 17. Juni als Bestätigung ihrer Politik der Westintegration. CDU und SPD stimmten überein: Die Westdeutschen sollten die Ereignisse als Widerstand der ostdeutschen „Schwestern und Brüder“ gegen das „kommunistische Regime“ und dessen „Totalitarismus“ wahrnehmen. Die unterschiedlichen Interpretationen spiegelten sich auch in den Gedenkreiden wider. In den Jahren von 1954 bis 1967/68 waren die Reden am 17. Juni im Bundestag jeweils vor allem Ausdruck und Instrument des kalten Kriegs. Sie folgten der Roll-back-Konzeption, in der für die DDR keine Zukunft vorgesehen war.⁽⁴⁾

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre waren vor allem Intellektuelle, darunter mehrere Historiker, Festredner: Franz Böhm (1954), der Erzkonservative Historiker Gerhard Ritter (1955),

Ogleich es in jeder Rede unterschiedliche Nuancen gab, darf wohl ein Satz Schieders als roter Faden der Reden der ersten zehn Jahre nach dem 17. Juni 1953 gelten: „Es muß dabei bleiben: Die deutsche Teilung hat keine Wahrheit in der deutschen Geschichte und in der Geschichte Europas, sie ist eine von außen aufgelegte Last. Sie darf sich daher auch keine Wahrheit durch Gewohnheit, Nachlässigkeit, durch Anpassung an äußeren Zwang oder durch Resignation erborgen.“⁽⁵⁾ Die Sache war für Schieder also einfach: Die Existenz der DDR widersprach der „historischen Wahrheit“.

Als Theodor Schieder die Rede hielt, war die Losung Brandts und Bahrs vom „Wandel durch Annäherung“

(1963) schon in die Welt gesetzt und beeinflusste in einem widerspruchsvollen Prozeß auch die Politik. Nach der großen Koalition entstand die Brandt-Regierung, die den Kurs auf Entspannung steuerte, auch gegenüber der DDR. Die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten wurde auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt. Mit der Ära Brandt begann eine neue Phase der Wahrnehmung des 17. Juni. Die Friedenssicherung hatte Vorrang vor der Forderung nach der Einheit. Am 17. Juni 1968, dem 15. Jahrestag des „Volksaufstands“, fand kein Festakt statt. Natürlich wirkte sich die neue „Wahrheit“ auch auf die Reden zum 17. Juni aus. Schon am 17. Juni 1969 trat Walter Scheel dafür ein, den „staatlichen“ oder „quasistaatlichen Charakter“ der DDR anzuerkennen.⁽⁶⁾ Das Ritual zum 17. Juni lockerte sich, z. B. fand 1973 abermals keine Gedenkveranstaltung statt, 1974 konnten sich Regierung und Opposition über die Gestaltung nicht einigen, und auch in den Folgejahren fielen die Reden aus unterschiedlichen Gründen wiederholt aus. Der Streit, ob und wie die Gedenkveranstaltungen weitergeführt werden sollten, spitzte sich zu. Das spiegelte sich auch in den gehaltenen Reden, so in denen von Wolfgang Mischick (1975) und Helmut Schmidt (1977), wider. Schmidt resümierte, daß das Pathos der Reden der früheren Jahre bei Jüngeren eher zu Gleichgültigkeit geführt habe.⁽⁷⁾

In den achtziger Jahren kam es zu einer Art Renaissance der Feiern zum 17. Juni. Einer der Gründe dafür war, daß die Kohl-Regierung die Erinnerung an den 17. Juni als „staatlich verordnete“ Rechtfertigung für ihre Politik brauchte, als man noch vorgab, die von Brandt vorgezeichnete Politik gegenüber der DDR fortzusetzen.

Der „Rechtsruck“ der Erinnerungspolitik in Kohls Regierungszeit war unübersehbar. Redner in den achtziger Jahren waren u. a.: Johann Baptist Gradl, der sich 1989 als „Zeitzeuge“ drapierte, der damalige Hamburger Bürgermeister Herbert Wichmann (1982), Ex-Bundespräsident Karl Carstens (1983), Gerhard Schröder (1984), Gerhard Leber (1985), Walter Scheel (ein zweites Mal; 1986), der aus Deutschland emigrierte USA-Historiker Fritz Stern (1987) und der Jurist Roman Herzog (1988). Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts erklärte u. a.: „Natürlich ist die DDR heute kein stalinistischer Staat mehr, natürlich gibt es heute dort die oft zitierte Identifikation mit dem Staat – wenn auch nicht mit dem System –, und das kann ja, wenn man vernünftig denkt, auch gar nicht anders sein.“

Die Deutschen in der DDR betrachten diesen Staat, seinen bescheidenen Wohlstand und seine Rolle in der Welt als ihre eigene Leistung, auf die sie mit Recht stolz sein können, schon deshalb, weil ihr politisches System den Aufstieg anders als das unsere nicht gefördert, sondern ständig behindert hat. Sie hatten es also schwerer als wir, und entsprechend größer ist auch ihre Genugtuung über das, was sie geschaffen und geleistet haben.⁽⁸⁾ Hat Roman Herzog als Bundespräsident je ähnliches gesagt? 1989 war Erhard Eppler Festredner. Eppler hielt die Rede zwei Tage nach einem Treffen zwischen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow. Gorbatschow machte auf einer Pressekonferenz am 15. Juni in Bonn deutlich, daß eine Lösung der deutsch-deutschen Frage im Sinne einer Vereinigung nicht auf der Tagesordnung stehe. „Die Situation in Europa, die wir heute haben, ist eine Realität.“ Die Mauer könne nur verschwinden, „wenn jene Voraussetzungen entfallen, die sie ins Leben gerufen haben“. Gorbatschow formulierte in diesem Zusammenhang lediglich die vage Hoffnung, „daß die Zeit selbst über das Weitere bestimmen wird“.

Helmut Kohl mied das Thema „Wiedervereinigung“. In dieser Situation sprach Eppler, der an der Erarbeitung des „Dialog-Papiers“ führend beteiligt gewesen war, über den 17. Juni. Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 berührte er nur. Schwerer wog seine Forderung nach einer vorwärtsgewandten und von überholten Begriffen geläuterten Politik. Eppler plädierte zum Beispiel dafür, die Frage des künftigen Verhältnisses beider deutscher Staaten vom Begriff der „Wiedervereinigung“ zu trennen. Es gelte, deutlich zu machen, „daß wir nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen wollen, und zwar gemeinsam mit unseren Nachbarn“. Erhard Eppler forderte vor dem Parlament, die Situation so anzuerkennen, wie sie ist und die Existenzberechtigung der DDR nicht infrage zu stellen. Dennoch wies er all jene in die Schranken, die die Einheit des Landes schon abgeschrieben

hätten. Er wandte sich aber auch gegen den Begriff vom „Verrat“ in diesem Zusammenhang: „Weder hat Adenauer die deutsche Einheit noch Brandt die deutschen Ostgebiete verraten“, stellte er fest und zog so scheinbar einen Schlußstrich unter den bis dahin prägenden Streit in der Bewertung der Deutschlandpolitik Adenauers und Brandts. Der Applaus aller Fraktionen des Bundestages war ihm sicher.

Die Rechtsaußen Alfred Dregger und Wolfgang Böttsch gratulierten Eppler persönlich. Die Rede Erhard Epplers am 17. Juni 1989 hätte in der DDR alle Alarmglocken schrillen lassen müssen. Eppler forderte dazu auf, darüber nachzudenken, „was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eiserne Vorhang rascher als erwartet durchrostet“.⁽⁹⁾ Den Schlußpunkt der Bundestagsreden vom 17. Juni setzte 1990 Manfred Stolpe. Er betrachtete sich selbst offenbar als die Personifizierung der „Opposition“ in der DDR und sah den Herbst 1989 in der Kontinuität des 17. Juni und als seine siegreiche Krönung.⁽¹⁰⁾ Die Sichtweise Stolpes ist ein Grundzug der Wertungen des 17. Juni, weil sie in das Totalitarismus-Schema paßt: Die gute BRD hat gegen die böse DDR gekämpft und gesiegt. Damit schließt sich der Kreis. Wir sind der Antwort auf die Frage näher gekommen: Warum wurde in der BRD der 17. Juni zum nationalen Gedenktag erklärt?

Er hat zur „Staatsintegration“ der BRD-Bürger auf antikommunistischer Grundlage beigetragen, was dadurch erleichtert wurde, daß die vor 1945 herrschende Ideologie nicht überwunden wurde.

Er hat westlich der Elbe die „Identifikation mit dem politischen System“ gefördert, indem den Bürgern die „Alternativen“ Demokratie – Diktatur, Freiheit – Sozialismus suggeriert wurden.

Er hat zur „Konsensstiftung“ in der politischen Klasse der BRD beigetragen und kritische Stimmen isoliert und eliminiert.

Er hat „Massenloyalität und Stabilitätssicherung“ innerhalb der BRD befördert. Damit hat das Gedenken an den 17. Juni im Bundestag und in den Medien die Kriterien erfüllt, die Dietmar Schiller formuliert hatte.

Nun ist die DDR nicht mehr da, wohl aber ein Teil der Bürger, die den 17. Juni 1953 noch erlebt haben, z. T. als Akteure auf dieser oder jener Seite der „Barrikade“. Um den 17. Juni wird wie schon 2003 (damals unter Eppelmanns Kommando) ein großes Gewese organisiert werden.

Warum? Damit besser „zusammenwächst, was zusammengehört“? Weil die „innere Einheit“ befördert wird, wenn die Gehirnwäsche zum 17. Juni das eigene Gedächtnis und die eigene Erfahrung ersetzt? Die Organisatoren des Medienspektakels „17. Juni“ sollten bedenken: Die „Opposition“ von 1953 war eine Minderheit, nicht das „Volk“. Das war auch im Herbst 1989 so, auch wenn mit Hilfe westdeutscher Medien die Minderheit – zeitweilig – zum Elefanten „Volk“ aufgeblasen wurde. Es gibt einige bundesdeutsche Politiker und Publizisten, die sich trauen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Erinnerung an den 17. Juni ein zweischneidiges Schwert ist. Am 17. Juni 2010 hielt Gesine Schwan die

Gedenkrede⁽¹¹⁾ und fragte: „Steht uns im vereinigten Deutschland ein neuer 17. Juni bevor? Sicher nicht. Doch daß es unter der Oberfläche gärt, kann keiner abstreiten.“ Gesine Schwan machte auf viele Symptome aufmerksam: „Ein Gefühl der Ohnmacht und der Ungerechtigkeit hat sich in unserer Demokratie ausgebreitet.“

Ein Vergleich der Lage in der DDR vor dem 17. Juni 1953 mit der heutigen Situation könnte für Linke durchaus nützlich sein (die politische Klasse beobachtet sie genau.) Eine Frage würde lauten: Warum kommt es noch nicht zu Aktivitäten derjenigen, deren Lebenslage sich ständig verschlechtert? Es könnte Bumerangwirkung haben, wenn Streiks und Demonstrationen zu Heldentum verklärt werden, solange sie sich gegen die DDR richteten, nun aber des Teufels sind. In dieser Situation, in der die Linke den Protest artikulieren und organisieren müßte, besinnt sich Ramelow auf die bürgerliche Interpretation des 17. Juni und setzt sie fort. Er spaltet die Linke und reiht sich ein in die Division jener Ideologen, die die DDR verteufeln, um jeden Gedanken an den Sozialismus zu tilgen. Aber „Die deutsche Geschichte geht weiter“. (Richard von Weizsäcker)

Prof. Dr. Horst Schneider

Quellen:

1. Willy Brandt: *Dresdner Rede am 23. Februar 1992*
2. Dietmar Schiller: *Politische Gedenktage. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur. „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 25/1993, S. 32*
3. Alexander Gallus: *Der 17. Juni im deutschen Bundestag von 1954 bis 1990. a. a. O., S. 12 f.*
Myriam Renaudot: *Der siebzehnte Juni. In Martin Sabrow: Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 332 f.*
Darstellungen, die der offiziellen Sicht auf den 17. Juni widersprechen und nachweisen, daß es sich damals um einen gescheiterten konterrevolutionären Putsch gegen die DDR gehandelt hat:
- Hans Bentzien: *Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte. Verlauf. Hintergründe, Berlin 2003;*
- *Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999*
4. *Texte der Reden in den Bundestagsprotokollen und in den Bulletins des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*
5. *Rede Schieders in: Bulletin ... 96/1964, 20. Juni 1964, S. 896*
6. *Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Bd. 70, S. 13284 B*
7. *Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Bd. 101, S. 2453 B*
8. *Bulletin ... 84/1988, S. 794*
9. *Alexander Gallus a. a. O., S. 21*
10. *Ebenda*
11. *Gesine Schwan: Rede zum 17. Juni 2010. „Das Parlament“, Nr. 25/26, 2010, S. 15*